

Abschied vom Aufstieg!?

Paritätischer stellt Jahresgutachten 2017 zur sozialen Lage in Deutschland vor

Pressestatement von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, anlässlich der am 20. Juni 2017 stattfindenden Pressekonferenz.

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern wurde der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages diskutiert. Ein Stichwort dabei war das Armutsparadox: Die wirtschaftliche Lage ist im Schnitt gut, gleichzeitig stagnieren wichtige Indikatoren wie die Armutsquote und die Zahl der Betroffenen, etwa von Langzeitarbeitslosigkeit oder Kinderarmut, auf hohem Niveau.

Klar geworden ist: Was gut für die Wirtschaft ist, ist noch lange nicht gut für alle.

Klar geworden ist: Es ist ein Alarmsignal, wenn es nicht mal unter günstigen Bedingungen gelingt, die Armut spürbar zu verringern.

Klar geworden ist auch: Die Zeiten des „vorwärts“ in der sozialen Entwicklung sind Geschichte. Es droht tatsächlich die „Abstiegsgesellschaft“.

Der Paritätische hat in seinem vorliegenden Jahresgutachten überprüft, was am Vorwurf der „Abstiegsgesellschaft“ begründet ist. Mehr noch: Zum vierten Mal hat er mit seinem Gutachten die sozialpolitische Entwicklung des vergangenen Jahres resümiert und analysiert. Das Ergebnis ist besorgniserregend: Der unverstellte Blick widerspricht den positiven Einschätzungen und Prognosen zur sozialen Lage in Deutschland.

Klar geworden ist: Der soziale Zusammenhalt in Deutschland erodiert.

Die Bundesrepublik ist nach ihrer Selbstbeschreibung eine soziale Marktwirtschaft. Kernelemente dieses Selbstverständnisses sind, dass die Früchte des gesellschaftlichen Reichtums gerecht verteilt werden und dass sozialer Aufstieg möglich ist. Herkunft und soziale Lage dürfen nach diesem Selbstverständnis nicht über die Lebenschancen bestimmen. Tatsächlich entfernt sich die soziale Wirklichkeit zunehmend von den Grundpfeilern dieses Selbstverständnisses.

Ungleichheit und blockierte Aufstiegschancen – das darf mittlerweile als belegt gelten – schaden ab einem bestimmten Maße dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch dem wirtschaftlichen Wachstum. Wo das Vertrauen in die Fairness und Sicherheit bröckelt, da bröckelt auch der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Politik muss sich daran messen lassen, ob und was sie zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes beiträgt.

Und genau dies tun wir: Der Paritätische legt heute sein viertes Jahresgutachten zur Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland vor – als Korrektiv zu einer einseitigen ökonomistischen Betrachtung der Lage in unserem Land.

Auch in diesem Jahr ist das Gutachten in drei Teile gegliedert:

1. empirische Bestandsaufnahme anhand ausgewählter wirtschaftlicher Kennziffern, die für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wichtig sind,
2. Zusammenfassung und Bewertung der gesetzgeberischen Tätigkeit im Berichtszeitraum mit Blick auf die Auswirkungen auf die soziale Mobilität und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland,
3. aktuelle Handlungsempfehlungen an die Politik zur Stärkung der sozialen Aufstiegschancen und des sozialen Zusammenhalts.

Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vorweg:

Das Jahresgutachten belegt weiter eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, insbesondere die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Arbeitsmarkt ist auch weiterhin stabil und aufnahmefähig. In 2016 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf annähernd 43,6 Mio. gestiegen – ein weiteres Plus von einer halben Million Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr. Damit geht erfreulicherweise – wenn auch mit etwa 100.000 Personen in deutlich geringerem Umfang – auch die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr weiter zurück. Bei den Hartz-IV-Berechtigten kommt die Entwicklung aber schon nicht mehr an: Deren Anzahl ist im Berichtsjahr etwa konstant.

Zum vollständigen Bild gehört dabei jedoch auch, dass nicht jede Arbeit Teilhabe und soziale Sicherheit garantiert: Die Zahl der atypischen Beschäftigten wächst, insbesondere bei jüngeren Menschen. Atypische Beschäftigung ist häufig prekär und mit akuter und drohender Armut verbunden. Der Anteil der Menschen, die trotz Arbeit arm sind, ist mittlerweile auf fast 10 Prozent der Bevölkerung gestiegen.¹

Die Einführung des Mindestlohns war ein wichtiger und überfälliger Schritt. Die Stundenlöhne der untersten Einkommensklassen stiegen erstmals wieder. Damit ist auch ein klares Zeichen gesetzt: Die Politik kann effektiv auf die soziale Lage Einfluss nehmen, wenn der entsprechende Wille vorhanden ist. In der Höhe ist der Mindestlohn gleichwohl – auch nach der ersten Anpassung auf 8,84 Euro/Stunde zum 1. Januar 2017 – zu niedrig, um wirksam Armut zu bekämpfen.

Die Gesamtbilanz bleibt negativ: Fehlende Chancen zur sozialen Mobilität gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Eingangs sprach ich von den beiden zentralen Kriterien für die Güte einer sozialen Marktwirtschaft:

1. Die Früchte des Wachstums müssen allen zugutekommen und
2. niemand darf zurückgelassen werden.

Angesichts dieser Kriterien bleibt die Gesamtbilanz trotz der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt negativ. Das Jahresgutachten betont in der Gesamtschau, dass es trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gelungen ist, Armut und Ungleichheit zu reduzieren und soziale Aufwärtsmobilität zu organisieren. Der Paritätische bewertet das Ausbleiben von Fortschritten bei der sozialen Kohäsion insgesamt als Rückschritt.

¹ BMAS (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht, S. 558 ff.

Ich möchte diese Bewertung mit einigen Befunden illustrieren, von denen Sie viele weitere in dem umfassenden Jahresgutachten finden:

Die Armutsquote ist in den vergangenen Jahren auf den Stand von 15,7 Prozent in 2015 gestiegen, für 2016 liegen derzeit noch keine Zahlen vor. Dies ist neben zahlreichen anderen Befunden aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zur Vermögens- und Einkommensungleichheit ein deutlicher Hinweis dafür, dass der wachsende Wohlstand in Deutschland nicht allen zugutekommt, sondern sich in den Händen weniger konzentriert. Nach der offiziell im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Entwicklung der Vermögensverteilung zwischen 1998 und 2013 (nach Daten der EVS), konzentriert sich der wachsende Reichtum in den Händen der obersten 10 Prozent der Haushalte. Nur diese Gruppe hat – gegenüber allen anderen Haushalten – ihren Anteil am Vermögen von 44,7 Prozent auf 51,9 Prozent ausweiten können. Die Früchte des Wachstums kommen demnach nicht allen zugute – die unteren Gruppen erleiden sogar Verluste.

Armut und soziale Ungleichheit sind mit Chancengleichheit und sozialer Aufwärtsmobilität nicht vereinbar. Zahlreiche Studien, die der Paritätische für das Jahresgutachten ausgewertet hat, kommen zu demselben Ergebnis: Soziale Mobilität ist zunehmend blockiert.

Dieses gilt ausgeprägt für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Haushalten und betrifft seit Jahren relativ stabil eine Zahl von etwa 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen. Um nur eine der Studien in ihrem Ergebnis zu zitieren: „Armutgefährdung führt bei den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe tendenziell zum Besuch einer niedrigen Schulart, auch wenn man sonstige Eigenschaften des Haushaltes und des Kindes berücksichtigt. Erwarten die Eltern, dass sie die Kosten durch das Abitur des Kindes nur schwer tragen könnten, führt dies ebenfalls tendenziell zum Besuch einer niedrigeren Schulart.“² Insbesondere bei Mädchen ist dieser Zusammenhang deutlich ausgeprägt. Die öffentlichen Bildungsinstitutionen von Kita bis Universität scheitern bislang an der Aufgabe, gegebene soziale Ungleichheit zu kompensieren. Im Gegenteil verschärfen sie vielfach die soziale Ungleichheit weiter. Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten wurde 2011 das sog. Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt, welches bis heute nicht ankommt. Eine grundlegende Reform mit einer echten Bildungsoffensive steht aus und wird nicht angepackt.

Es gilt aber auch für Erwachsene. Wer arm ist, hat zunehmend weniger Aussichten aus dieser sozialen Lage wieder aufzusteigen. So hat sich etwa der Anteil der Menschen, die in verfestigter Armut leben, in den vergangenen beiden Jahrzehnten auf fast 10 Prozent der Bevölkerung verdoppelt.³ Dies zeigt sich auch an der mit etwa eine Million betroffenen Personen dramatisch hohen und leider auch stabilen Anzahl an Langzeitarbeitslosen. Selbst in der aktuellen wirtschaftlichen Hochphase gelingt es nicht, Armut und Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und diesen Menschen eine Teilhabe- und Beschäftigungsperspektive zu bieten. Wenn wir den Blick auf die Gesamtgruppe der Hartz-IV-Leistungsberechtigten ausweiten und deren bisherige Dauer im Hartz-IV-System betrachten, so müssen wir feststellen: Hartz IV ist eine Sackgasse. Fast 60 Prozent der Leistungsberechtigten sind länger als vier Jahre im System. Hartz IV hat als das dominante System der Grundsicherung versagt: Weder gewährleistet es ein ausreichendes Existenzminimum, noch bietet es geeignete Angebote, um wieder aus der Grundsicherung zu entkommen. Die im Berichtszeitraum zu erwähnenden gesetzgeberischen Aktivitäten und Maßnahmen sind Tropfen auf den heißen Stein.

² IAW (2017): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up- Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung), Abschlussbericht Tübingen 2015

³ Dies ist auch ausführlicher in der Stellungnahme des Paritätischen zur Anhörung des Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht am 19. Juni 2017 belegt: Bundestagsausschussdrucksache 18(11)1094.

Die Erosion der Schutzfunktion der Sozialversicherungen schreitet weiter voran. Die Arbeitslosenversicherung sichert nicht einmal mehr ein Drittel der Arbeitslosen und verweist die übergroße Mehrheit auf das Hartz-IV-System. In der Alterssicherung wird die Absenkung des Rentenniveaus nicht durch politische Maßnahmen zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung gestoppt. Im Gegenteil: Durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz wird das sog. „Drei-Säulen-Modell“, das ganz offensichtlich keine Lösung ist, weiter ausgebaut und damit der schleichende Bedeutungsverlust der gesetzlichen Rentenversicherung zementiert. Vertrauen in die Sozialversicherungen ist aber gerade in Deutschland eine tragende Säule des sozialen Zusammenhalts. Die aktuellen Entwicklungen in der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung gefährden darum den sozialen Zusammenhalt enorm. Es sind von der aktuellen Bundesregierung im Berichtszeitraum keine echten Aktivitäten zu vermelden, die die Probleme sachgerecht angehen.

Meine Damen und Herren,

gerade im Jahr der Bundestagswahl ist zu betonen: Politische Entscheidungen und v. a. auch politische Unterlassungen machen einen Unterschied. Entscheidend ist, dass die aktuell (noch?) günstigen Rahmenbedingungen für eine durchgreifende Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts genutzt werden.

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, ist jetzt eine offensive Sozialpolitik notwendig, die jedem soziale Aufstiegschancen ermöglicht und das Vertrauen in das soziale System sichert.

Eine gute Konjunktur ist kein Selbstzweck. Damit sie gut für unser Land ist, müssen alle Menschen partizipieren und sie muss so gestaltet werden, dass sozialer Aufstieg ermöglicht und gefördert wird. Das ist grundlegend, um Deutschlands Zukunft nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Lebensstandort zu sichern.

Der Paritätische legt deshalb heute eine **Agenda des Sozialen** vor, die soziale Sicherheit fördern und Aufstieg ermöglichen soll.

- Insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien, hierunter viele Alleinerziehende, ist mit einer Bildungsoffensive sicherzustellen, dass Nachteile ausgeglichen werden und alle die gleichen Möglichkeiten der Teilhabe und persönlichen Entfaltung innerhalb und außerhalb unseres Bildungssystems erhalten. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket als besonderer Bestandteil von Hartz IV ist in entsprechende schulische und außerschulische Angebote der Jugendhilfe zu überführen. Vorschulbereich und Schulen sind in ihren Ressourcen und in ihren Möglichkeiten der Personalvergütung so auszustatten, dass sie überall ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden können.
- Mit einem sozialen Arbeitsmarkt kann um muss dafür gesorgt werden, dass die große Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder die Möglichkeit erhält, sich über eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Hierzu sind öffentlich geförderte Arbeitsplätze vorzuhalten, zu guten Arbeitsbedingungen und, wo nötig, flankiert von sozialer Hilfestellung.
- Die Arbeitslosenversicherung muss bei Arbeitslosigkeit wieder ihre Schutzfunktion erfüllen. Arbeitslosengeld I muss wieder zu einer relevanten Sozialleistung werden, die im Fall der Arbeitslosigkeit im Regelfall auch tatsächlich greift. Mit einem Mindestarbeitslosengeld ist dafür Sorge zu tragen, dass in Vollzeit tätige Versicherte aus dem Niedriglohnsektor trotz ihres Arbeitslosengeldes nicht in Hartz IV fallen.

- Das Leistungsniveau ist sowohl bei Hartz IV als auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung so anzuheben, dass Einkommensarmut ausgeschlossen ist. Hierzu sind die Regelsätze bedarfsorientiert anzupassen und die Unterkunftskosten inklusive Energiekosten in voller Höhe zu übernehmen. Bei der Grundsicherung im Alter sind angemessene Einkommensfreibeträge auf jegliche Formen der Altersvorsorge, vor allem aber auf Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, einzuführen.
- Die gesetzliche Rentenversicherung muss für alle, die über Jahrzehnte gearbeitet und Beiträge eingezahlt haben, wieder zu einem Garant für ein auskömmliches Einkommen im Alter werden. Das Rentenniveau ist dazu wieder auf 53 Prozent anzuheben, die Grundsicherung anzuheben und armutsfest auszugestalten. Bei allen langjährig Versicherten ist dafür Sorge zu tragen, dass die Rentenhöhe in der Regel vor dem Gang zum Sozialamt bewahrt.
- Deutschland muss alles tun, um den mit der demografischen Entwicklung einhergehenden Herausforderungen in der Pflege gewachsen zu sein. Die Qualität von Pflege wird immer an der Zeit bemessen sein, die wir einem pflegebedürftigen Menschen zukommen lassen, und diese Zeit hängt immer von Personalschlüsseln und betriebswirtschaftlichen Spielräumen ab. Eine zukunftsweisende Reform des Pflegeberufs ist daher ebenso überfällig wie die angemessene Bezahlung des Personals und Refinanzierungsbedingungen, die eine bedarfsgerechte Personalausstattung erst ermöglichen.
- Deutschland hat sich endlich mit allen Konsequenzen der Tatsache zu stellen, dass es ein Einwanderungsland ist. Deutschland hat sich vor allem auch ohne Wenn und Aber der Tatsache zu stellen, dass Hunderttausende von geflüchteten Menschen, die zu uns gekommen sind, zu integrieren sind und dass Abschiebungen nur dann erfolgen dürfen, wenn sie nicht den Geboten der Menschlichkeit widersprechen. Halbheiten in der Integrationspolitik führen nicht weiter. Integrationsförderung bedeutet vor allem (massive) Hilfen bei der Überwindung von Sprachbarrieren, Öffnung von Arbeitsmärkten und Qualifizierungsangeboten sowie Unterstützung durch spezielle sozialarbeiterische Unterstützung und Bildungsangebote.

Dies alles kostet Geld. Notwendige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt müssen durch zusätzliche Steuereinnahmen finanziert werden. Dafür brauchen wir ein echtes Umsteuern in der Steuerpolitik. Seit zwanzig Jahren leistet es sich Deutschland, keine Vermögensteuer mehr zu erheben. Erbschaften werden nicht oder nur gering besteuert. Mit der Abgeltungssteuer werden Kapitaleinkommen ungerechtfertigt privilegiert. Diese Politik zu Gunsten der Reichsten in der Gesellschaft hat mit dazu beigetragen, dass die Ungleichheit auch in wirtschaftlich günstiger Zeit ein so hohes Maß angenommen hat.

Dies muss geändert werden. Wir sagen klar: Wir werden alle Wahlprogramme der Parteien daraufhin untersuchen, ob sie Vorschläge für ein solches Umsteuern enthalten und ob diese ausreichend und konkret formuliert sind. Erst die steuerpolitischen Forderungen zeigen, wie glaubwürdig sonstige Wahlversprechen sind. Aus aktuellem Anlass sei erwähnt, dass die gestern durch den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz vorgelegten Eckpunkte in keiner Weise ausreichen, um die Forderungen zu finanzieren. Dass die Eckpunkte keine Vorschläge zur Besteuerung von Vermögen enthalten, obwohl die Vermögensungleichheit in Deutschland zu den höchsten in Europa zählt, ist völlig unverständlich.

Für den Paritätischen ist klar:

- Die Vermögenssteuer muss reaktiviert werden. Angesichts der extremen Vermögensspreizung ist dies ein Gebot der Gerechtigkeit und Vernunft.
- Die Erbschaftssteuer ist so auszugestalten, dass sie bei 300 Milliarden, die alljährlich vererbt werden, auch zu nennenswerten Steuereinnahmen führt.
- Es ist ein Gebot der Solidarität, die Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer deutlich anzuheben. Dabei sollten Nejustierungen zum Spitzensteuersatz sicherstellen, dass mittlere Einkommen nicht gefährdet sind.

Auch der diesjährige Armutskongress, den der Paritätische Gesamtverband mit weiteren Organisationen am 27. und 28. Juni in Berlin veranstaltet, steht unter dem Motto: „Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen“. Dort werden von einem breiten Bündnis klare Forderungen an die Politik formuliert, die für eine nachhaltige Armutsbekämpfung durch ein gerechtes Umsteuern plädieren.

Teilhabe, Partizipation und Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten lassen sich nicht durch das Drehen einzelner Stellschrauben nachhaltig verbessern. Dazu ist ein umfassender Ansatz notwendig. Der Paritätische wird auch in Zukunft intensiv daran arbeiten, dass diese Ziele umgesetzt werden. Und er wird seine Vorschläge breit diskutieren und Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen schmieden. Der Armutskongress in der nächsten Woche bietet bereits eine weitere Gelegenheit, diese Planungen zu diskutieren und voranzubringen. Ich hoffe, Sie dort begrüßen zu können. In diesem Sinne schon jetzt: auf ein Wiedersehen!